



# SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## Wehrpflicht 3

Warum auch die Kantone eine starke Armee brauchen



## Integrationsgesetz 15

„Die Integration beginnt im Herzen“, sagt Nationalrätin Yvette Estermann



# So stimmt die SVP ab

Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 22. September 2013

Wollen Sie die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» annehmen?	Antwort <i>Nein</i>
---	------------------------

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) annehmen?	Antwort <i>Nein</i>
--	------------------------

Wollen Sie die Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG) annehmen?	Antwort <i>Ja</i>
--	----------------------

*Machen Sie mit!*

**Schweizer Recht vor fremdem, internationalem Recht**

Beantworten Sie jetzt unseren Fragebogen auf **Seite 8-9** dieser Zeitung!

**IHRE MEINUNG ZÄHLT!**

**dietschi**  
DRUCK&MEDIEN OLTEN



**Mehr als eine Druckerei.**

Dietschi AG Druck&Medien | Ziegelfeldstrasse 60 | 4601 Olten  
Telefon 062 205 75 75 | Telefax 062 205 75 00  
www.dietschi.ch | info@dietschi.ch



# Für mich ist das Landesverrat

In den vergangenen Tagen entbrannte in der NZZ eine Kontroverse über meine Wortwahl anlässlich der Begrüssungsrede an der SVP-Delegiertenversammlung in Genf. „Für mich ist das Landesverrat“, so fasste ich meine Wertung des bundesrätlichen Verhaltens, insbesondere im Zusammenhang mit der Europapolitik und dem durch andere Staaten ausgeübten Druck auf unser Land, zusammen.

Der Bundesrat hat kürzlich ein Mandat verabschiedet, um mit der EU ein institutionelles Rahmenabkommen auszuhandeln, das die dynamische Übernahme von EU-Recht vorsieht sowie dem Europäischen Gerichtshof die Hoheit bei der Rechtsauslegung und bei Entscheiden im Streitfall zwischen der Schweiz und der EU einräumt. Der Chefunterhändler der Schweiz, Yves Rossier, selbst sagte zu dieser Lösung: „Ja, es sind fremde Richter“. Dem Verhandlungsmandat vorausgegangen waren vielfältige Vorbereitungshandlungen durch den Bundesrat und die Verwaltung. Ausgangspunkt waren Forderungen der EU, welche der Schweiz für weitere bilaterale Abkommen ihre Grundsätze bezüglich Harmonisierung und Rechtsübernahme aufzwingen will. Der Bundesrat agierte von Beginn weg wenig transparent, stützte sich auf von ihm in Auftrag gegebene, lange Zeit geheim gehaltene Gutachten, wie jenes von Prof. Daniel Thürer oder auf ein sogenanntes, noch immer nicht veröffentlichtes „Non Paper“, welches bereits erfolgte Sondierungsgespräche mit

Handlungsoptionen zwischen Bern und Brüssel zusammenfasste. Im erwähnten Gutachten Thürer wird hergeleitet, wie die „Wertegemeinschaft“ Europäische Union Recht prägt, das in seiner Qualität als Völkerrecht über dem Landesrecht stehe. Im Raum stand gar die Frage, wie eine institutionelle Anbindung an die EU ohne die Mitsprache von Volk und Ständen erfolgen könnte. Der Bundesrat übernimmt nun diese Logik. Sie steht auch im Einklang mit der durch das Bundesgericht, die Verwaltung und die Landesregierung verfolgten Tendenz, internationales Recht über das Landesrecht zu stellen. Missliebige Volksinitiativen werden nicht mehr umgesetzt. Das Initiativrecht soll nach Vorstellung des Bundesrates eingeschränkt werden. Damit gibt die Schweiz die Hoheit über ihr eigenes Recht Schritt für Schritt auf. Dies bedeutet eine massive Preisgabe von Souveränität und Unabhängigkeit als direkte Konsequenz der bundesrätlichen Bestrebungen.

Art. 266 des Strafgesetzbuches stellt gemäss Überschrift „Angriffe auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft“ unter Strafe, umschreibt also, was man landläufig unter „Landesverrat“ versteht. Ziffer 1 dieses Artikels lautet wie folgt: „Wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist, die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft zu verletzen oder zu gefährden, eine die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gefährdende Einmischung einer fremden Macht in die Angelegenheiten der Eidgenossenschaft herbeizuführen,

wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.“ Nun frage ich, was ist die dynamische Übernahme fremden Rechts, was ist die Unterordnung unter ein ausländisches Gericht, was ist der Abbau der Mitspracherechte des Souveräns anderes, als eine Verletzung und Gefährdung der Unabhängigkeit? Wird hier nicht offensichtlich die Einmischung einer fremden Macht in die Angelegenheiten der Eidgenossenschaft herbeigeführt? Für mich beschreibt Art. 266 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches treffend, was die bundesrätliche Europapolitik und diverse andere aussenpolitische Aktivitäten (Lex USA, Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich usw.) in jüngerer Zeit charakterisieren. Für mich ist das Landesverrat.

Ich bin nicht Jurist und ich beabsichtige auch nicht, den Bundesrat vor ein Gericht zu ziehen. Ein Nachweis, dass Bundesräte mit ihrem Handeln die Unabhängigkeit unseres Landes bewusst gefährden wollen, dürfte zudem schwierig zu führen sein. Ich frage mich aber, ob der Bundesrat weiss, was er tut. Darum ist für mich klar: Auf politischem Weg ist alles zu unternehmen, um den Bundesrat zu stoppen, wenn nötig mit Unterstützung des Volkes an der Urne. Die Unabhängigkeit und das Wohl der Schweiz sind zu wichtig, um tatenlos zuzusehen, was derzeit abläuft.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Toni Brunner'. The signature is fluid and cursive, written on a light-colored background.

Toni Brunner  
Präsident SVP Schweiz

# NEIN zur Aufhebung der Wehrpflicht

Die Schweiz ist ein reiches und lebenswertes Land. Vieles nehmen wir darum manchmal gar nicht mehr richtig wahr, sondern erachten es als selbstverständlich. Im Gesamten gesehen stehen wir hierzulande auf der Sonnenseite. Das kann und soll auch in Zukunft so sein. Das setzt aber voraus, dass wir uns auf unsere Errungenschaften und Stärken besinnen, und nicht zu stolz oder ignorant sind, sie zu verteidigen.

**A**uch wenn wir aktuell glücklicherweise nicht damit rechnen müssen, kann trotzdem nicht für alle Zeiten ausgeschlossen werden, dass sich unser Land dereinst auch militärisch zur Wehr setzen muss. Wobei man in diesem Zusammenhang nicht nur an eigentliche Kampfhandlungen denken muss, sondern auch an modernere Formen der Kriegsführung wie Cyberwar.



**Die Armee ist für die Bevölkerung unentbehrlich, um im Falle einer Katastrophe Leben zu retten.**

## Armee leistet auch Katastrophenhilfe

Man kann wohl nicht ernsthaft in Abrede stellen, dass unsere Armee einen wesentlichen Beitrag im Sicherheitsverbundssystem leistet. Wie eben angesprochen, muss man dabei nicht nur an allfällige Verteidigungs- bzw. Kampfhandlungen denken. Unsere Armee leistet auch subsidiäre Einsätze wie die Sicherung des Luftverkehrs, die Unterstützung des Grenzwachkorps sowie den Schutz des WEF und von anderen Konferenzen. Ein weiterer essentieller Bereich ist die Katastrophenhilfe; im Schnitt der letzten zehn Jahre wurden hierfür durchschnittlich 3500 Diensttage pro Jahr aufgewendet.

Wollen wir die Erfüllung dieser bedeutenden Aufgaben wirklich davon abhängig machen, ob genügend geeignete Männer und Frauen einen ausreichenden persönlichen Nutzen in einem Engagement in der Armee sehen und sich freiwillig melden?

## Militärdienstpflicht sichert Handlungsfähigkeit

Die Aufhebung der Militärdienstpflicht würde die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit klar einschränken. Nur die allgemeine Militärdienstpflicht ermöglicht auch eine angemessene Bereitschaft. Und eine solche ist die Voraussetzung dafür, dass für den schlimmsten Fall eine grosse Personalreserve bereitsteht und für alle anderen Fälle massgeschneiderte Aufgebote erfolgen können.

Sinken die Bestände wie durch die Initiative beabsichtigt, müssten Leistungen kompensiert werden. Sofern man diese Leistungen nicht einfach streichen will, müssten sie intern durch mehr Berufspersonal oder leistungsfähigere Technologien kompensiert oder aber durch anderweitige Sicherheitsorganisationen ersetzt werden. Das wiederum hätte grosse Auswirkungen auf den Bund, die Kantone und die Gemeinden, etwa in Bezug auf ihre Polizei- oder bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen. Kantone und Gemeinden müssten die Bestände ihrer Einsatzmittel aufstocken und Mehrkosten tragen, um die fehlenden Armeebestände teilweise zu kompensieren. Die Annahme der Initiative würde Bund, Kantone und

Gemeinden ihrer Reserve für ausserordentliche Lagen berauben.

## Auch Zivildienstpflicht würde wohl wegfallen

Eine Annahme der Initiative hätte darüber hinaus auch Auswirkungen auf den Zivildienst, auch wenn sie diesen gar nicht erwähnt. Einerseits könnte der Zivildienst nicht mehr mit Personen gespiesen werden, die im Rahmen der obligatorischen Rekrutierung für beschränkt diensttauglich, eben zivildiensttauglich, erklärt werden, auch müsste man bei einer Aufhebung der allgemeinen Militärdienstpflicht wohl auch die Zivildienstpflicht aufheben.

## NEIN zur Volksinitiative Aufhebung der Wehrpflicht

Die von der Armee geforderten Leistungen können bei uns am besten mit einer Milizarmee mit Militärdienstpflicht erbracht werden. Mit unserem gegenwärtigen Modell können wir zivile Kenntnisse und Fertigkeiten für die Armee nutzbar machen, eine soziale und regionale Durchmischung unserer Armee gewährleisten und die enge Verbindung zwischen Armee und Gesellschaft aufrechterhalten. Militärdienstpflicht und Miliz begründen ein demokratisches Wehrmodell, das zum persönlichen Engagement verpflichtet; eine schweizerische Errungenschaft, die uns Frieden, Wohlstand und Unabhängigkeit gebracht hat. Aus all diesen Gründen gilt es ein überzeugtes NEIN zur Aufhebung der Wehrpflicht in die Urne zu legen.



von Regierungsrat André Rüeeggger, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes, Brunnen (SZ)

# Schutzengel serienmässig.

## Der neue Outlander 4x4 mit eAssist



Sensation: ab November  
auch als Plug-in Hybrid 4x4



- » Innovation: eAssist mit adaptivem Tempomat, City-Notbrems-Assistent, Spurhalte-Assistent
- » Sicher: 4x4, 9 Airbags, Berganfahrhilfe, 5\* Euro NCAP Test
- » Komfort: 2-Zonen-Klima, Xenonlicht, Keyless Entry, Premium Audio, Automat
- » Familienfreundlich: variabler Raum, 7 Sitze, viel Platz und Komfort
- » 4x4 DID Intense eAssist, **CHF 45'999.-\*** New Outlander ab **CHF 29'999.-\***



[www.mitsubishi-motors.ch](http://www.mitsubishi-motors.ch)

 [www.facebook.com/MitsubishiCH](https://www.facebook.com/MitsubishiCH)



OFFICIAL CAR PARTNER

Genial bis ins Detail.



# Bratwürste **legalisieren**

Bei dieser Abstimmung geht es um die Aufhebung der unsinnigen Sortimentsbeschränkung, welche der Staat heute denjenigen Geschäften auferlegt, welche nachts sowieso schon geöffnet haben dürfen. Eine Regelung, die bei den betroffenen Unternehmen, aber vor allem auch bei den Konsumentinnen und Konsumenten auf Unverständnis stösst. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Referendumsführer, geht es aber nicht um eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten oder um eine Änderung der Situation der Arbeitnehmenden. Vier SVP-Vertreter nehmen Stellung und sagen warum sie Ja stimmen werden.

«Ich sage **Ja** zum revidierten Arbeitsgesetz und damit zum Erhalt von Arbeitsplätzen.»

Nationalrat Jean-François Rime (FR),  
Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgv



«Schluss mit absurder Bürokratie und mit unsinnigen Sortimentsbeschränkungen!

**Ja** zum Arbeitsgesetz!»

Nationalrätin Natalie Rickli (ZH)



«Staatliche Vorschriften zum Einkaufen? Das ist absolut unsinnig und bürokratisch – darum **Ja** zum Arbeitsgesetz!»

Nationalrat Caspar Baader (BL)



«Ich sage **Ja** zur Revision des Arbeitsgesetzes, damit ich meine Bratwurst kaufen kann, wann ich will!»

Nationalrat Alfred Heer (ZH)



## 6 Delegiertenversammlung in Genf (GE)

# „Landesverräter darf man nicht machen lassen“

Am 24. August haben sich in Genf rund 300 Delegierte der SVP aus der ganzen Schweiz versammelt. Bei dieser Gelegenheit hat Toni Brunner den Bundesrat scharf kritisiert. „Landesverräter darf man nicht machen lassen“ hat er verkündet, um jene zu schelten, welche versuchen das Volk über ihre wahren Absichten, der EU via Hintertüre beizutreten, zu täuschen.



*Etwa 300 Delegierte der SVP haben die GSoA-Initiative zur Aufhebung der Armee, wie auch die 1:12-Initiative der Jungsozialisten einstimmig abgelehnt.*



*Bundespräsident Ueli Maurer, SVP-Vizepräsidentin Judith Uebersax und SVP-Generalsekretär Martin Baltisser während der Abstimmung zur Aufhebung der GSoA-Initiative.*



*Nationalrätin Céline Amaudruz, Präsidentin SVP Genf, umgeben vom Echo des Pâturages aus St-Cergues (VD), welches die Delegiertenversammlung unterhalten hat.*



*Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz hat in seiner starken Rede vor einem schleichenden EU-Beitritt gewarnt.*

# Ja zur Selbstverantwortung **NEIN** zum Epidemienengesetz

Das Parlament hat im Herbst 2012 das neue Epidemienengesetz (EpG) verabschiedet. Was zuerst als „kleine Revision“ verkauft wurde, artete in Wirklichkeit in eine umfassende Ermächtigung des Bundes aus. Die schwammigen Formulierungen und die im Epidemienengesetz verankerten Massnahmen sind tiefe Einschnitte in die Selbstverantwortung der Bürger und gefährden zudem unseren gut funktionierenden Föderalismus.

Bei der Frage, ob wir dieses Gesetz wollen oder nicht, geht es nicht darum, ob wir für oder gegen das Impfen sind, sondern um den richtigen Zeitpunkt für angemessene Massnahmen. Ab wann dürfen persönliche Rechte verletzt werden?

## Freiheit und

### Selbstbestimmung

Das neue EpG delegiert sehr viel Spielraum an die Behörden und internationale Organisationen. Ein landesweiter Schnupfen reicht bereits aus, um umfassende Zwangsmassnahmen und medikamentöse Therapien

durchzusetzen. Und das schon bei einem Erkrankungsgrad von einem Promille der Bevölkerung! Es geht also um individuelle Freiheit und Selbstbestimmung.

### Zu viel Spielraum für die Behörden

Störend ist, dass das neue Gesetz vor „Kann“-Formulierungen und auslegungsbedürftigen Rechtsbegriffen nur so strotzt. Welche Konsequenzen das Gesetz aber haben würde, ist unklar. Klar ist hingegen, dass es jegliche Form von amtlicher Willkür ermöglicht. Einige Kantone, Parteien (CVP und SVP) und Verbände (u.a. der Gewerbeverband) haben sich schon in

der Vernehmlassung an diesen unklaren Formulierungen gestört. Der Begriff „ausserordentliche Lage“ hätte klarer definiert werden müssen. Leider wurde auf die gerechtfertigten Bedenken nicht eingegangen, die unklaren Formulierungen blieben bestehen.

Rechtsbegriffe, wie „Gefährdung der Gesundheit“ oder „Beeinträchtigung der Gesundheit“, lassen offen, welche Zwangsmassnahmen sie nach sich ziehen können.

Denn genauer definiert werden diese Begrifflichkeiten nicht. Grundsätzlich könnte schon eine harmlose Erkältungswelle für die irrsinnigsten Massnahmen missbraucht werden. Gerade bei der Schweinegrippe haben wir gesehen, was der Übereifer von Bundesbehörden für Folgen haben kann.

### WHO entscheidet über Zwangsmassnahmen

Von den Befürwortern wird behauptet, dass das neue Gesetz keinen Impfwang vorsehe bzw. dass dieser bereits nach dem alten Gesetz bestehe. Dies stimmt aber nicht und geht deutlich aus dem Gesetzesentwurf hervor. Menschen, die sich nicht impfen

lassen wollen, soll zwar kein körperlicher Zwang angetan werden. Jedoch können solche Menschen unter Quarantäne gestellt oder es kann ihnen die Arbeitsausübung verweigert werden. Wenn das kein Zwang ist.

Es ist zwar korrekt, dass auch das heutige Gesetz einen gewissen Impfwang vorsieht. Neu ist hingegen, dass nun Gummiformulierungen, wie „aussergewöhnliche oder besondere Lage“, über Zwangsmassnahmen entscheiden. Und ausgelegt werden diese Bestimmungen teilweise von der WHO. Eine ausländische Behörde (und nicht mehr wie heute die Kantone), welche die Zustände in der Schweiz nicht kennt, entscheidet also über Zwangsmassnahmen im Rahmen eines Pandemieplans.

### Nein sagen für ein besseres Gesetz

Ich sage nicht, dass wir kein Epidemienengesetz brauchen, ich sage: Die Schweiz hat ein besseres Gesetz verdient. Es geht um die Kernfrage: Welche Massnahmen sollen zulässig sein, um persönliche Rechte zu beschneiden? Das vorliegende Gesetz delegiert viel Spielraum an den Bund und internationale Organisationen. Wir verlieren einen wichtigen Teil an Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Das wollen wir nicht. Deshalb ist ein Nein der vernünftigste Weg.



*Das neue Epidemienengesetz delegiert zu viel Macht an die Behörden und internationale Organisationen.*



*von Nationalrat  
Dr. Sebastian Frehner,  
Präsident SVP Basel Stadt*

# Machen Sie mit!

Liebe Klartext-Leserin und Leser

Das SVP-Positionspapier „Schweizer Recht vor fremdem, internationalem Recht“ befindet sich bis zum 20. Dezember 2013 in einer internen und externen Vernehmlassung.

Wir bitten Sie in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen (welche sich auf das Positionspapier und die darin enthaltenen Vorschläge beziehen):



Positionspapier ist zu finden auf [www.svp.ch/positionspapiere](http://www.svp.ch/positionspapiere)

# Ja

## Ich will mitmachen!!!

### 1. Antwortende Organisation/Person:

.....  
.....  
.....  
.....

### 2. Sehen Sie im Bereich Landesrecht/internationales Recht Handlungsbedarf?

Ja  Nein

Ev. Begründung

.....  
.....  
.....  
.....

### 3. Teilen Sie die Stossrichtung des Positionspapiers „Schweizer Recht vor fremdem, internationalem Recht“?

Ja  Nein

Ev. Begründung

.....  
.....  
.....  
.....

### 4. Welche konkreten Bemerkungen zu den skizzierten Lösungsa

.....  
.....  
.....  
.....

### 5. Unterstützen Sie folgende Verfassungfassung?

Die Verfassung geht dem Völkerrecht

Ja  Nein

Ev. Begründung

.....  
.....  
.....

Vorbehalt des zwingenden Völkerrechts  
Welche Variante (1-4; S. 19/20 des Pos

- Variante 1
- Variante 2
- Variante 3
- Variante 4

Ev. Begründung

.....  
.....  
.....

Das Schweizerische Recht wird dem Völkerrecht vorgezogen, wenn die Verfassung, ein Gesetz oder ein Staatsvertrag dies vorsehen (S. 20 P

Ja  Nein

Ev. Begründung

.....  
.....  
.....

Die Schweiz anerkennt keinen Entschleunigungsmechanismus, wie es ursprünglich galt (S. 21 Positi

Ja  Nein

Ev. Begründung

.....  
.....  
.....

**ungen haben Sie zum Papier und  
nsätzen?**

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

**Änderungen der Bundesver-**

**nt vor (S. 19 Positionspaper)**

.....  
.....  
.....  
.....

**chts (S. 19 Positionspaper)  
ositionspapers) favorisieren Sie?**

.....  
.....  
.....  
.....

**internationalen Recht nur angegli-  
etz oder ein referendumspflichtiger  
ositionspaper)**

.....  
.....  
.....  
.....

**cheid eines internationalen Gerichts,  
sch ist und das Recht so anwendet,  
ositionspaper)**

.....  
.....  
.....  
.....

Die Verfassung und die Bundesgesetze gehen widersprechenden Staatsverträgen vor; diese müssen neu ausgehandelt oder gekündigt werden. Ein referendumspflichtiger Staatsvertrag, der nach dem Erlass eines Bundesgesetzes genehmigt wurde, geht dem Bundesgesetz jedoch vor (S. 21 Positionspaper)

Ja  Nein

Ev. Begründung

.....  
.....  
.....  
.....

**6. Soll die SVP die Vorschläge mittels parlamentarischen Vorstössen weiterverfolgen?**

Ja  Nein

Ev. Begründung

.....  
.....  
.....  
.....

**7. Soll eine Volksinitiative mit den vorgeschlagenen Verfassungsänderungen lanciert werden?**

Ja  Nein

Ev. Begründung

.....  
.....  
.....  
.....

**8. Sehen Sie weiteren Handlungsbedarf in diesem Bereich oder weitere Handlungsmöglichkeiten?**

.....  
.....  
.....  
.....

**BESTEN DANK FÜR IHRE TEILNAHME**

**Schicken Sie Ihre Antworten bis zum 20. Dezember 2013 an:**

SVP Schweiz  
Generalsekretariat  
Postfach 8252  
3001 Bern

Tel.: 031 300 58 58  
Fax: 031 300 58 59  
E-Mail: [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch)  
[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

## FDP Bundesrat Burkhalter will fremde Richter

Bei Streitfällen mit der EU soll der Europäische Gerichtshof den Schiedsrichter spielen. Die Mehrheit im Bundesrat gibt die Selbstbestimmung der Schweiz preis. Die direkte Demokratie wird gezielt ausgehebelt.



*Peter Keller, Nationalrat aus Nidwalden, ist ein Experte in der Aussenpolitik und des Völkerrechts. Regelmässig äussert er sich zu diesem Thema, wie auch hier an einer öffentlichen Konferenz in Stans (NW).*

Er ist so etwas wie der Geschäftsführer der Schweizer Aussenpolitik: Staatssekretär Yves Rossier. Die Nummer eins im Departement von Bundesrat Didier Burkhalter (FDP). In dieser Funktion sollte Rossier die Interessen der Schweiz im Ausland vertreten – und das heisst in diesem Fall vor allem die Interessen der Schweiz gegenüber der Europäischen Union.

Nun gab dieser Staatssekretär am 19. Mai 2013 der NZZ am Sonntag ein Interview und sagte, er finde es „logisch“, dass „nur das oberste EU-Gericht über die Auslegung von EU-Recht urteilen kann“. Wenn also die Schweiz und die EU sich in gemeinsamen Rechtsfragen nicht

einig sind, dann ist es für Burkhalters Chefbeamten „logisch“, dass ein Gremium mit EU-Richtern über Richtig und Falsch entscheidet. Und die Schweiz darf den Entscheid dann noch abnicken.

So weit sind wir: der Chefunterhändler (!) der Schweiz findet nichts dabei, dass fremdes Recht über Schweizer Recht stehen soll. Für ihn ist es „logisch“, dass fremde Richterentscheidungen über der Schweizer Rechtsprechung stehen sollen. Mit diesem Ergebnis kam jedenfalls Staatssekretär Rossier nach Gesprächen mit seinem EU-Kollegen nach Hause.

### Katz- und Maus-Spiel des Bundesrates

Man kann davon ausgehen, dass ein Staatssekretär nur ausführt, was sein Vorgesetzter ihm aufgetragen hat. Ich wollte deshalb in der letzten Sommersession von Bundesrat Didier Burkhalter wissen, ob Rossier ein Verhandlungsmandat des Bundesrates erhalten habe und ob auch Burkhalter es „logisch“ finde, dass ein EU-Gerichtshof über der Schweizer Rechtsauslegung stehe.

Interessant und typisch war die Antwort des Aussenministers: Er wollte nichts von „Verhandlungen“ wissen. Es sei bloss ein „technischer Dialog“ mit der EU im Gange und es bestehe kein Verhandlungsmandat. Auch auf die Nachfrage, was er denn von den Äusserungen seines Staatssekretärs halte, weicht Burkhalter aus. Das war am 10. Juni 2013.

Das Katz- und Maus-Spiel geht in die nächste Runde: Am 16. August erklärt Burkhalter gegenüber den Medien: „Wir wollen nicht fremde

*„So weit sind wir: der Chefunterhändler (!) der Schweiz findet nichts dabei, dass fremdes Recht über Schweizer Recht stehen soll. Für ihn ist es ‚logisch‘...“*

*Nationalrat Peter Keller, Hergiswil (NW)*

Richter als letzte Instanz.“ Auch hier erweist sich der Aussenminister vor allem als Wortakrobat, denn nur ein paar Tage später, am 21. August, wird klar, was Burkhalter damit meint: Wenn es zum Streit im Rahmen der bilateralen Verträge kommt, soll die Schweiz den Europäischen Gerichtshof um „Auslegung anfragen.“

# Landesrecht vor fremdem Recht 11

## „Anfragen“ heisst übernehmen

Man kann sich denken, was das heisst: „Anfragen“ heisst übernehmen. Es ist nur etwas unehrlicher ausgedrückt. Burkhalter und die EU-hörige Verwaltung wissen, dass die

**„Die Mehrheit des Bundesrates will sich einem fremden Gerichtshof unterstellen. Der nächste Schritt ist die Übernahme von EU-Recht.“**

*Nationalrat Peter Keller, Hergiswil (NW)*

Mehrheit der Schweizer Bevölkerung keine „fremden Richter“ will. Also wird unsere Selbstbestimmung einfach scheinbar preisgegeben. Im August hat der Gesamtbundesrat Didier Burkhalter also ein „Verhandlungsmandat“ erteilt – und es ist klar, dass dieses „Verhandlungsmandat“ genauso ausschaut, wie es Burkhalter im Juni noch abgestritten hatte: Faktisch sollen EU-Richter über unserer Schweizer Rechtsprechung stehen. Staatssekretär Rossier war diesbezüglich immerhin etwas ehrlicher als sein Chef: Was den Europäischen Gerichtshof angehe, gab er im Mai freimütig zu: „Ja, es sind fremde Richter.“

Didier Burkhalter versucht zu beruhigen. „Bei der Rechtsübernahme gibt es keinen Automatismus.“ Was aber die Mehrheit im Bundesrat will: Die

Rechtsübernahme soll „dynamisch“ erfolgen. Das heisst: Wir schliessen einen Vertrag mit der EU ab, den die EU laufend einseitig abändern darf – und wir übernehmen die neuen Bestimmungen. Nicht automatisch,

aber faktisch läuft ein solcher „dynamischer“ Vertrag auf dasselbe hinaus. Eine Frage:

Würden Sie einen Mietvertrag unterschreiben, bei dem der Vermieter laufend die Mietbedingungen ändern darf?

Fazit: Die Mehrheit des Bundesrates will sich einem fremden Gerichtshof unterstellen. Der nächste Schritt ist die Übernahme von EU-Recht: Zuerst „dynamisch“, dann automatisch. Der Bundesrat betreibt den EU-Beitritt durch die Hintertüre.

Die SVP ist gefordert: Landesrecht muss über jedem fremden Recht stehen. Nur so können wir unsere einzigartige Demokratie wahren.



*von Nationalrat  
Peter Keller,  
Hergiswil (NW)*

## Zitat

Zum Schutz der Menschenrechte gehört nach Auffassung des EGMR unter anderem:

**„Das Recht, sich vom Staat eine Geschlechtsumwandlung bezahlen zu lassen“**

Urteil des EGMR vom 8. Januar 2009

## Zoom

Vermutlich hat das Bundesgerichtsurteil vom 12. Oktober 2012 den Bundesrat in seiner Absicht bestärkt, die Ausschaffungsinitiative nicht umzusetzen.



## Zahl

# 50%

Gemäss Schätzungen sind heute 30 bis 50 Prozent des gesamten Bundesrechts durch EU-Recht beeinflusst.

## Um was geht es?



**D**er Bundesrat verabschiedete am 21. August 2013 einen Mandatsentwurf, um mit der EU ein Rahmenabkommen über institutionelle Fragen auszuhandeln. Mit dieser institutionellen Einbindung an die EU sollen eine dynamische Übernahme von EU Recht,

die Übernahme der Rechtsinterpretation, die Überwachung von Abkommen und die Streitbeilegungsmechanismen geklärt werden. Der Bundesrat schlägt vor, dem Europäischen Gerichtshof die Auslegungsfragen zu überlassen.

Damit erhält dieses fremde und auf die EU Integration ausgerichtete Gericht die Kompetenz letztinstanzlich über Auslegungsfragen zu befinden und wird somit faktisch höchste richterliche Instanz auch

in der Schweiz. Das Verhandlungsmandat ist momentan in der Konsultation, d.h. die Kantone und die Aussenpolitischen Kommissionen der Bundesversammlung können sich äussern.

Der Bundesrat ist aber bestrebt rasch in die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU einzutreten. Das Volk soll sich gemäss Bundesrat zu einem späteren Zeitpunkt äussern dürfen.

# SVP-Hit

# Fr. 60.- pro Pers.

Gültig vom 13. Mai 2013 bis 1. November 2013



## Sommersaison 2013 Wellness + Wandern

Übernachtungen mit Frühstücksbüffet  
im Doppelzimmer Standard  
Benützung Wellness, Hallenbad  
Sana und Aromadampfbad

1 Gutscheine pro Zimmer / egal wieviele Nächte  
ausschneiden - buchen - anreisen - genießen



Fam. Holzer, 3984 Fieschertal  
Tel. 027 970 16 60  
info@hotelalpenblick.ch  
www.hotelalpenblick.ch

## INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

1/4-Seite Inserat gelesen von  
60'000 Abonnenten für Fr.

# 1'000.-

Bis 15% Rabatt möglich. Mehr als 60'000  
Leser in der Deutschschweiz und in der  
Romandie. Informationen erhalten Sie un-  
ter der Telefonnummer **031 300 58 58** oder  
per E-Mail an [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch). Unsere  
Zeitung gibt es auch online auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

### Jetzt Fr.1950.00 investieren\*

### Dafür bis Fr. 5'000.00 sparen

bei 200 Farb- und 1000 s/w-Kopien im Monat  
berechnet auf die Onsite-Garantiezeit von 5 Jahren.

#### OKI MC760dn

Farbig drucken, kopieren,  
scannen + automat. Heften  
alles auch doppelseitig  
500-Blatt-Kassette (+ 2 opt.)  
100 Blatt-Original-Einzug  
Zugriffskontr., Secure Print  
Touchscreen-Display 23 cm  
28 S./min. farbig und s/w  
160 GB Festplatte  
scannt bis 40 S./min.  
3 - 5 Jahre Onsite-Garantie  
opt. Wireless, Fax, Finisher

#### Die Sensation



\* abzüglich Spezial-Rabatt für SVP-Mitglieder

**OCotex AG, 041 799 50 00, info@ocotex.ch**

## GOAL GLOSSAR

# Positionierung

### Positionierung

abgel. v. «Position»; <lat.> positio (Stellung, Lage)

Wer nicht weiss, wo er steht, kann auch  
nicht verständlich kommunizieren. Deshalb  
erarbeiten wir mit unseren Kunden als  
Erstes eine genaue Lageanalyse. Das ist  
die Grundlage des Erfolgs!

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

# GOAL

AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg

### IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 60'000 | Herausgeber und Redaktion:  
Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch) | [www.svp.ch](http://www.svp.ch) |  
Redaktion: Kevin Grangier | Bildquellen: SVP Schweiz, Regierungsrat André Rüeggesser, Dany Schär, Parlamentsdienste 3003 Bern, Peter Keller, Wikipedia.org.

## **NEIN** zu höheren Steuern und AHV-Beiträgen für alle

Am 24. November 2013 stimmen wir über die extreme 1:12-Initiative der JUSO ab. Die 1:12-Initiative trifft uns alle - direkt oder indirekt. Jede und jeder Steuerzahler und alle Arbeitnehmer würden die Auswirkungen in ihren Portemonnaies spüren. Unser Sozialstaat ist auf die hohen Einkommen angewiesen. Wir müssen die Verantwortung übernehmen, dass künftige Generationen – Kinder und Enkelkinder – auch noch auf die AHV zählen können.

**D**as ist eine Verpflichtung für alle in unserem wunderbaren Land! Was die Generation unserer Eltern und Grosseltern geleistet hat, muss uns motivieren und bestärken, uns weiterhin für die langfristige finanzielle Sicherung der Altersvorsorge einzusetzen.

### Ausfälle in Milliardenhöhe

Die 1:12-Initiative hat nicht nur indirekt gravierende Auswirkungen über die Schwächung des Wirtschaftsstandortes. Die Juso-Initiative würde automatisch zu grossen Löchern in den Sozialversicherungen und bei den Steuern führen. Gerade die Jungsozialisten scheinen sich nicht bewusst zu sein, wie stark der Mechanismus der Umverteilung, insbesondere bei der AHV, wirkt und durch die starke Progression auch bei unserem Steuersystem.

Was heisst dies? In der Schweiz finanzieren die besser Verdienenden zu einem beachtlichen Teil die Steuern und den Sozialstaat. Werden die Löhne gedeckelt, entstehen automatisch Ausfälle in Milliardenhöhe, die neu in erster Linie der Mittelstand und das Gewerbe zu stopfen haben. Es lohnt sich daher etwas genauer hinzuschauen und nachzurechnen.

### Beispiel AHV

Am Beispiel der AHV lässt sich der Mechanismus gut aufzeigen. Ab einem Einkommen von 84'000 Franken werden zwar Beiträge bezahlt, die AHV-

Renten aber steigen nicht mehr. Für all jene, die mehr als 84'000 Franken verdienen, haben die zusätzlichen Abgaben den Charakter einer nach oben unbeschränkten Solidaritätsabgabe, die direkt

den umverteilt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die zehn Prozent der Angestellten mit den höchsten Löhnen bezahlen rund 75 Prozent der direkten Bundessteuern. Ähnlich sieht es bei der AHV aus. Werden die hohen Löhne gedeckelt, führt dies automatisch zu massiven Ausfällen bei den Sozialversicherungen.

Die NZZ hat einen Ausfall an Beiträgen bei der AHV und IV von rund 560 Millionen Franken pro Jahr errechnet. 2012 betrug eine durchschnittliche AHV-Rente in der Schweiz 1838 Franken pro Monat. Konkret heisst das: Jahr für Jahr fehlt eine Monatsrente von rund 300'000 Bezügerinnen und Bezüger von AHV- und IV-Renten. Das bleibt nicht ohne Folgen für die Schweizerinnen und Schweizer: Insbesondere Mittelstand und Gewerbe werden zur Kasse gebeten, um diese Lücken von über 1,5 Milliarden Franken Jahr für Jahr mit höheren Steuern und Abgaben zu stopfen.

Ich bin überzeugt, dass uns künftige Generationen für diesen Weitblick dankbar sein werden!

Deshalb sage ich gerade auch als Sozialpolitiker am 24. November 2013 NEIN zur schädlichen 1:12-Initiative.



der AHV zufließt. Kurz und bündig: Werden die hohen Löhne in der Schweiz verboten, beschneidet man damit die AHV. Ganz nach dem Bonmot des ehemaligen SP-Bundesrates Hans-Peter Tschudi gilt: „Die Reichen brauchen die AHV nicht, aber die AHV braucht die Reichen.“

### Umverteilung wirkt stark

Über die Sozialversicherungen und die Steuern werden jährlich Milliarden von Franken von den besser Verdienenden zu den weniger gut Verdienenden



von Nationalrat  
Jürg Stahl, Mitglied der  
Kommission für soziale  
Sicherheit und Gesundheit,  
Brütten (ZH)

# Schweiz schwächen?



- Die «Freiwillige Milizarmee» ist eine Illusion.
- Das Erfolgsmodell Schweiz wird zerstört.
- Die Sicherheit von Land und Bevölkerung ist nicht mehr gewährleistet.
- Ziel ist die Abschaffung der Armee.

Deshalb am 22. September:



**Gemeinsam** für Sicherheit  
[www.unsicherheits-initiative-nein.ch](http://www.unsicherheits-initiative-nein.ch)

# NEIN

**zur Unsicherheits-Initiative**  
Nein zur Aufhebung der Wehrpflicht

## Integration beginnt im Herzen

Es liegt in der Natur der Sache, dass wir Menschen uns ständig anpassen müssen. Seit unserer Geburt passt sich nicht die Welt unseren Bedürfnissen und Vorstellungen an, sondern wir passen uns dem Leben auf der Erde an. Ähnlich verhält es sich bei einem Zuwanderer. Es ist seine Aufgabe, sich in seinem Gastland zu integrieren.

Zuwanderer, welche sich weigern, die am Wohnort gesprochene Sprache zu erlernen und sich nicht an die Schweizer Rechtsordnung sowie an die hiesigen Gepflogenheiten halten und auf Kosten des Staates leben, sind nicht integrationswillig und haben in der Schweiz nichts verloren! Keine Firma der Welt würde jemanden anstellen, der für sie nicht arbeiten will. Auch der Staat ist verpflichtet, Menschen, welche den anderen ohne Not nur Kosten verursachen und sich nicht integrieren wollen, aus dem Land zu weisen.

Bemühungen des Staates, mit dem „Giesskannenprinzip“ von Förderungsprogrammen die vorhandenen Missstände zu beheben, müssen scheitern. Sie gehen falsch in der Annahme, dass die Menschen, welche in die Schweiz einwandern nur Hilfe brauchen, um sich gut integrieren zu können. Man vergisst dabei den Faktor „Mensch“.

Die grosse Mehrheit der Einwanderer, welche in die Schweiz kommt, integriert sich gut. Diese Einwanderer warten nicht, bis der Staat mit seinen Angeboten kommt



*Yvette Estermann kam vor 20 Jahren aus der Slowakei in die Schweiz. Seit 2007 vertritt sie die SVP im Nationalrat.*

und ihnen kostenlos alle möglichen Integrationsprogramme anbietet. Sie nehmen es selber in die Hand und geben ihr Bestes, um sich hier zu behaupten! Dann gibt es aber Einwanderer, welche sich nicht anpassen wollen und die Schweiz als Selbstbedienungsladen ansehen. Dies schadet vor allem den Zuwanderern, welche sich anpassen und gut integrieren.

In diesem Sommer sind es gerade 20 Jahre her, als ich als Slowakin in die Schweiz kam. Für mich war es erste Priorität, Deutsch zu lernen und mich in kurzer Zeit zu integrieren. Ich wollte so schnell als möglich ein vollwertiges Mitglied dieser Gesellschaft werden! Ich brauchte sicher niemandem der mir sagte, dass es wichtig sei, mich zu integrieren. Denn Integration ist eine Willensfrage und beginnt im Herzen.

*von Nationalrätin Yvette Estermann, Kriens (LU)*



**„Studien zeigen: Eine erfolgreiche Integration setzt den Willen der Zuwandernden voraus. Personen zu fördern, die sich nicht integrieren wollen, ist also reine Geldverschwendung.“**

*Alik Panayides, Vizegemeindepräsidentin Ostermündigen und Vorsteherin öffentliche Sicherheit*

Zurzeit werden auf Bundesebene und in den Kantonen Gesetzesvorlagen diskutiert, welche genau das Gegenteil verlangen: Die Mitte-Links-Mehrheit will Integration zur Staatsausgabe machen und fordert dafür auf allen Ebenen mehr Regulierung und höhere Ausgaben. Für die SVP ist hingegen klar: Integration ist Aufgabe der Zuwanderer. Daher hat die SVP ein Positionspapier mit einem klaren Forderungskatalog erstellt.

Papier und Forderungen sind zu finden auf [www.svp.ch/positionspapiere](http://www.svp.ch/positionspapiere)



**Die sozialistische 1:12-Initiative**  
eliminiert Stellen im Tieflohnbereich und vertreibt Arbeitsplätze mit hohem Einkommen ins Ausland. Damit verursacht sie **massive Einnahmen-Ausfälle bei der AHV.**

Die radikale Initiative der JUSO (Abstimmung vom 24. November)  
**schadet der Schweiz!**

Mit 1:12 entgehen der AHV und IV mindestens 560 Millionen Franken pro Jahr. Dies entspricht 300 000 Monatsrenten. Diese Löcher müssen KMU und Mittelstand stopfen.

sgv  usam

Schweizerischer Gewerbeverband, [www.1-12-nein.ch](http://www.1-12-nein.ch)

**NEIN  
ZU 1:12**



## Familieninitiative

Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen

[www.familieninitiative.ch](http://www.familieninitiative.ch)

**Wir laden Sie ein sich aktiv am Abstimmungskampf vom 24. November zu beteiligen.**

Sie verschicken Freunden und Bekannten den Flyer, legen diesen in die Briefkasten in Ihrem Dorf, verteilen Sie an den Bahnhöfen, hängen Plakate auf, organisieren eine Standaktion im Dorf, schreiben einen Leserbrief, schalte mein Testimonial auf [www.familieninitiative.ch](http://www.familieninitiative.ch), ...

Die Werbemittel werden ab Mitte Oktober zur Verfügung stehen und Ihnen nach Hause geschickt.

*Deshalb bestelle ich jetzt:*

### Anzahl

- ..... Flyer (A5)
- ..... Plakate A3 (29,7cm x 42cm)
- ..... Plakate F4 (Weltformat) 89,5cm x 128cm
- ..... Kandelaberplakate ca. 90cm x 110cm
- Ich bin bereit eine Standaktion zu organisieren
- Ich unterstütze die Familieninitiative finanziell (PC: 30-8828-5)  
(Spenden können im begrenzten Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden)



**Bitte einsenden an:**

Name/Vorname: .....

Adresse: .....

E-mail: .....

Tel./Natel: .....

Generalsekretariat SVP  
Postfach 8252  
3001 Bern  
Telefon-Nr. 031/300'58'58  
Telefax-Nr. 031/300'58'59  
Mail: [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch)